

dauer betrug 10,5 Stunden in ca. 10,6 km Flughöhe bei 3,8-3,9 $\mu\text{Sv/h}$. Das ergibt insgesamt rund 40 μSv für den Hinflug.

Der Rückflug erfolgte ebenfalls über die Nordroute und dauerte 11,5 Stunden, überwiegend in ca. 10,36 km Flughöhe bei 3,2-3,3 $\mu\text{Sv/h}$. Die vorletzten 1,5 Stunden fanden in 11,6 km Flughöhe bei 4,5 $\mu\text{Sv/h}$ und die letzten 1,5 Stunden in 12,2 km Flughöhe bei 4,7-5,2 $\mu\text{Sv/h}$: statt. Das ergibt insgesamt für den gesamten Rückflug ca. 42 μSv .

6. Das Überprüfungs Komitee für die Einwohneruntersuchungen von Fukushima war im Mai 2012 einberufen worden. Der Vorsitzende dieses Komitees ist der berüchtigte Professor Shunichi Yamashita. Unter den 19 Mitgliedern des Komitees befinden sich Strahlenmediziner der Universität Hiroshima, Professoren der Medizinischen Hochschule Fukushima sowie zuständige Beamten als Beobachter. Ihre Aufgabe bestehe in fachlichen Beratungen über die Gesundheitsuntersuchungen, die die Medizinische Hochschule Fukushima im Auftrag der Präfektur Fukushima durchführt, heißt es. Das Komitee habe bis jetzt 8 mal getagt, und die Sitzungen seien bis auf die erste Sitzung öffentlich zugänglich gewesen und dessen Protokolle auch veröffentlicht worden.

Einem Beteiligten zufolge sei von der Gesundheitsabteilung der Präfektur, die als Verwaltung dieses Komitees fungiert, jedoch bisher immer eine Woche vor der Sitzung oder direkt davor eine geschlossene Vorbereitungssitzung einberufen worden, berichtet „The Mainichi“. Die Komiteemitglieder hätten an einem geheimen Ort getagt und die Unterlagen seien nach den Sitzungen wieder eingesammelt worden. Die Existenz dieser Sitzungen seien geheimgehalten worden.

Auch am 11. September 2012, direkt vor der achten Sitzung des Überprüfungs Komitees, die öffentlich in einer Einrichtung der Stadt Fukushima stattfand, habe es im Haus der Präfekturverwaltung eine geheime Vorbereitungssitzung gegeben. Dort wurden die auffälligen Ergebnisse der Schilddrüsenuntersuchungen an Kindern behandelt und eine erste Schilddrüsenkrebskrankung war bei einem Kind gefunden worden. Strahlentelex hatte ausführlich in der vorigen Ausgabe berichtet. Auf der Vorbereitungssitzung wurde die gemeinsame Linie ab-

gesprochen, es sei keine Kausalität zwischen dem Krebsfall und dem Reaktorunfall festzustellen.¹

Bei der öffentlichen Komiteesitzung wurde dann tatsächlich das vorbereitete Schauspiel vorgeführt, daß ein Mitglied absichtlich die Frage nach der Kausalität stellte, und Vertreter der Medizinischen Hochschule von Fukushima, die für diese Untersuchung verantwortlich zeichnen, darauf die Antwort gaben, die Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle habe nach dem Unfall von Tschernobyl erst nach mehr als vier Jahren zugenommen, weshalb es keine Kausalität zwischen dem jetzt aufgetretenen Fall und der Reaktorkatastrophe von Fukushima gebe. Von den Mitgliedern des Komitees wurden daraufhin keine Einwände erhoben.

Bei der Vorbereitungssitzung zur dritten Komiteesitzung im Juli sei den Komiteemitgliedern zudem von der Präfektur Schweigen auferlegt worden.

Gegenüber dem Reporter von „The Mainichi“ räumte der Zuständige von der Gesundheitsabteilung der Präfektur Fukushima nun die Existenz dieser Vorbereitungssitzungen ein und erklär-

¹ Anmerkung der Red.: Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986 traten natürlich bereits früher Schilddrüsenkrebskrankungen auf, die Zahl der Erkrankungen stieg steil an. In den 10 Jahren vor Tschernobyl hatte es jährlich 1 bis 2 Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern gegeben. Ein und zwei Jahre danach waren es dann in der Ukraine 7 bis 8 und in Belarus 4 bis 5 Neuerkrankungen bei Kindern jährlich. Die Zahl der Neuerkrankungen bei Erwachsenen war in Belarus bis dahin auf mehr als 200 jährlich angestiegen. In den 5 Jahren von 1986 bis 1994 waren es dann insgesamt in Rußland 24, in der Ukraine 208 und in Belarus 333 Neuerkrankungen an Schilddrüsenkrebs bei Kindern und bei Erwachsenen in Belarus 2907.

[hier zitiert nach Edmund Lengfelder, Folgen der Tschernobyl-Katastrophe: Karzinome und andere Krankheiten nehmen weiter zu. In: Inge Schmitz-Feuerhake, Edmund Lengfelder (Hrsg.): 100 Jahre Röntgen: Medizinische Strahlenbelastung – Bewertung des Risikos. Gesellschaft für Strahlenschutz, Proceedings, 2. Internationaler Kongreß Berlin 1995, ISBN 3-9805260-0-3.]

te, bei diesen Vorbereitungen habe man sich nur im voraus Meinungen anhören wollen, um die Komiteesitzung selbst „reibungslos durchzuführen“ zu können. Diese Sitzungen seien in der Tat Geheimsitzungen gewesen, die Kritik daran werde reflektiert und weitere geheime Vorbereitungssitzungen würden nicht stattfinden.

Bei der Einwohnergesundheitsuntersuchung der Präfektur Fukushima sollen sämtliche Einwohner der Präfektur auf ihren Ge-

sundheitszustand nach dem Reaktorunfall hin untersucht werden. Die Untersuchungen sollen über 30 Jahre hinweg fortgeführt werden. Die Kosten dafür werden aus einem Fonds bestritten, der durch den japanischen Staat und die Betreiberfirma Tepco der havarierten Atomanlagen aufgelegt wurde.

(The Mainichi, 03.10.2012, <http://mainichi.jp/feature/20110311/news/20121003ddm001040029000c.html>) ●

Folgen von Fukushima

„Die japanische Regierung möchte nicht, daß die Menschen die Wahrheit erfahren“

Ansprache vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf, 30. Oktober 2012

Von Katsutaka IDOGAWA, Bürgermeister von Futabamachi, jetzt Evakuierungszone

Mein Name ist Katsutaka IDOGAWA, ich bin Bürgermeister der Gemeinde Futaba, Präfektur Fukushima.

Die nukleare Katastrophe, die am 11. März 2011 ihren Anfang nahm, zerstörte unsere Gemeinde und machte sie unbewohnbar. Etwa 300 Personen waren besonders hohen Strahlendosen aus dem Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ausgesetzt, unter anderem verursacht durch den Fallout der Explosion im Reaktor I. So bin ich der einzige Bürgermeister in Japan, der am eigenen Leibe erfahren hat, was es heißt, mit nuklearer Asche bedeckt zu sein. Als ein Vertreter aller Menschen in Fukushima möchte ich Ihnen unsere sehr traurigen Erfahrungen mitteilen und Sie um Ihre Unterstützung zur Rettung unserer Kinder bitten.

Vom Beginn der Nuklearkatastrophe an sind unsere Menschenrechte, wie sie in der Japanischen Verfassung verankert sind, verletzt worden und werden es noch. Am Morgen des 12. März befahl die Regierung unsere Evakuierung. Es

gab jedoch weder Rat noch Hilfe, wohin und mit welchen Transportmitteln wir evakuieren sollten. Nachdem wir schließlich Unterkünfte erreicht hatten, gab es keinerlei Hinweis, wie wir unser zerstörtes Leben wieder aufbauen könnten. Alle Entscheidungen mußten wir selbst treffen, die Evakuierung selbst zustande bringen und mit all ihren Folgen selbst zurechtkommen.

Ein weites Gebiet in der Präfektur Fukushima ist hoch radioaktiv kontaminiert. Die Reaktion der Regierung darauf bestand zunächst darin, den gesetzlichen Grenzwert für die Allgemeinbevölkerung anzuheben, und uns dann zu erzählen, daß Strahlenexposition unterhalb dieses Grenzwertes unbedenklich sei. Wegen dieser Politik müssen die meisten Menschen in Fukushima – auch Kinder – nach wie vor in hoch kontaminierten Regionen leben und sich Sorgen wegen der Auswirkungen auf ihre Gesundheit machen. Diese Menschen sind ständig hohen Strahlendosen ausgesetzt. Kinder sind die schwächsten Opfer. Einige

Experten weisen zudem auf die Gesundheitsrisiken durch innere Bestrahlung hin. Unsere Regierung sagt, Fukushima-Daiichi habe 186mal soviel Radioaktivität freigesetzt wie die Atombombe von Hiroshima. Dennoch gibt es in den Medien immer noch einen vollständigen Blackout hinsichtlich der Gefahren der Radioaktivität. Die Regierung der Präfektur Fukushima macht mit dem Zentralstaat und TEPCO, die für die nukleare Verheerung verantwortlich sind, gemeinsame Sache und hat Informationen über Risiken zurückgehalten, um eine weitgehende Entvölkerung der Präfektur zu verhindern.

Ein Teil unserer Stadt Futaba hat Strahlung von bis zu 1590 Mikrosievert pro Stunde abbekommen. Die Wolke erreichte uns sogar schon vor der Explosion in Block 1. Die Einwohner von Futaba und ich waren noch in der Stadt und dieser hohen Strahlenbelastung ausgesetzt. Diese entsetzliche, aber doch wichtige Information wurde von der Präfektur Fukushima bis vor kurzem verschwiegen. Die Präfekturregierung hat auch keine Erklärung oder Entschuldigung zu diesem Fall von Strahlenexposition abgegeben.

Viele Leute aus unserer Stadt Futaba müssen immer noch in der Präfektur Fukushima leben. Ich möchte, daß sie so schnell wie möglich an einen weit entfernten Ort evakuiert werden. Und warum sind sie noch da? Weil die Präfektur Fukushima die Leute auf dem Gebiet der Präfektur behalten möchte und uns daran hinderte wegzuziehen, obwohl wir das wollten. Das Katastrophenhilfegesetz wird von den jeweils zuständigen Präfekturregierungen umgesetzt und kann ohne deren Zustimmung nicht angewandt werden. Viele Präfekturen haben angeboten, Evakuierte aufzunehmen und sogar finanzielle Unterstützung für die Umsiedlung in

Tabelle:

Die Evakuierungskriterien sind in Fukushima vier mal so hoch wie in Tschernobyl

Strahlendosis pro Jahr	Einteilung in Fukushima	Einteilung in Tschernobyl
> 50 mSv	Rückkehrverbotszone	Zone obligatorischer Umsiedlung (auch: Zwangsumsiedlungszone)
> 20 mSv bis 50 mSv	Zone eingeschränkter Besiedlung	
< 20 mSv	Zone der Vorbereitung zur Aufhebung der Evakuierungsanordnung	
> 5 mSv	bewohnbares Gebiet	
> 1 mSv bis < 5 mSv	bewohnbares Gebiet	Zone mit Umsiedlungsoption
> 0,5 mSv bis < 1 mSv	bewohnbares Gebiet	Radioaktivitätskontrollzone

Anmerkung: Das Betreten der oberen beiden Zonen ist grundsätzlich untersagt

Daten zur Gemeinde Futaba:

Fläche: 51,40 km²

davon Reisfelder: 797 Hektar
 Trockenfelder: 158 Hektar
 Obstplantagen: 13 Hektar
 Wohngebiet: 159 Hektar
 Staatsforst: 335 Hektar
 Öffentl. Forst: 241 Hektar
 Privatwald: 2.438 Hektar

Einwohnerzahl: 6.335 Personen (männl.: 3.079, weibl.: 3.256)

Wahlberechtigte: 5.458 Personen (Stand Juni 2012)

Fabriken und Werkstätten: 15 (mit 323 Beschäftigten)

Jahresproduktion: ca. 68.000.000 Euro

Geschäfte:

106 (mit 440 Beschäftigten)

Jahresumsatz: ca. 69.300.000 Euro

Landwirtschaftl. Betriebe:

449 (davon 389 im Nebenerwerb)

Reisproduktion: 2490 Tonnen

Die Einwohner Futabas sind sämtlich evakuiert. 3.645 Personen haben anderswo in der Präfektur Fukushima ein Dach über dem Kopf, 1.194 in der Präfektur Saitama, 812 im Großraum Tokyo, der Rest ist über das ganze Land verstreut, mehrheitlich jedoch in den an Fukushima angrenzenden Präfekturen, untergekommen.

Aussicht gestellt, aber ohne die Zustimmung der Präfektur Fukushima sind die Evakuierten per Gesetz daran gehindert, solche Angebote anzunehmen. Da sie alles verloren haben, wären die meisten nicht in der Lage, ohne die vom Gesetz vorgesehenen finanziellen und anderen Hilfen auszukommen. Daher konnten viele Menschen, die eigentlich aus Fukushima wegziehen wollen, die Präfektur nicht verlassen.

Die japanische Regierung möchte diese Nuklearkatastrophe so aussehen lassen, als sei sie auf die Präfektur Fukushima begrenzt. Sie möchte nicht, daß die Menschen die Wahrheit erfahren. In vielen Gebieten der Prä-

fektur Fukushima liegen die Jahresdosen über denen der gesetzlich vorgesehenen Radioaktivitäts-Kontrollzonen.

Das widerspricht dem neuen Grenzwert für Evakuierung, den die japanische Regierung eingeführt hat, und zeigt, daß sie in der Evakuierungspolitik post-Fukushima mit zweierlei Maß mißt. Die größeren Städte und Regionen sind zu kontaminiert, als daß Menschen dort leben könnten. Die zweite Karte zeigt die Gegenden, in denen Lebensmittel nicht verzehrt oder in Verkehr gebracht werden dürfen – sie zeigt die Realität der Kontamination von Lebensmitteln, die aus der natürlichen Umgebung gewonnen werden. Viele Nahrungsmittel wie Süßwas-

serfische, Pilze, Nüsse, Wild und wildwachsende Kräuter sind leider so giftig, daß sie nicht verzehrt werden sollten. Dennoch essen viele Leute die kontaminierten Früchte ihrer eigenen Felder.

Die Tabelle der Evakuierungskriterien nach der Klassifizierung aufgrund der Katastrophe von Tschernobyl zeigt die Tschernobyl-Gesetzgebung, die nach der Beobachtung der enormen Leiden der Menschen in durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl kontaminierten Gebieten erlassen wurde. Die Tschernobylgesetzgebung setzt die Standards von ‚5 mSv/a und höher‘ für obligatorische Evakuierung und von ‚1 mSv/a bis unter 5 mSv/a‘

für Evakuierung auf eigenen Wunsch mit staatlicher Unterstützung. Die international anerkannte Strahlenschutzkommission (ICRP) empfiehlt eine maximal zulässige Dosis von 1 mSv/a für die Allgemeinbevölkerung. Die japanische Regierung hat die Tschernobylgesetzgebung vollständig ignoriert und den Evakuierungsstandard auf 20 mSv/a festgesetzt. Nun beeinflusst sie die Menschen, sie sollten in Gebieten mit bis zu 20 mSv/a leben. Wir sagen den Beamten: „Warum kommen Sie nicht selbst hierher und leben hier, statt uns zu sagen, daß wir hier bleiben sollen?“, aber wir haben darauf nie eine Antwort bekommen. Dieser gefährliche Standard wurde denjenigen Regionen zu Gefallen eingeführt, die niemals evakuiert wurden. Das ist empörend. Das ist eine furchtbare Fahrlässigkeit seitens der Zentralregierung, der TEPCO und der Präfektur Fukushima, die für unseren Schutz Verantwortung tragen.

Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, daß der medizinische Sektor an der Etablierung des Mythos der absolut sicheren Kernenergie beteiligt war, ohne je Vorbereitungen für einen Nuklearunfall zu treffen. Es gab keine Systeme oder Geräte für ein Monitoring, als die Katastrophe von Fukushima eintrat. Auch diese Tatsache will die japanische Regierung vor dem japanischen Volk verbergen. Stattdessen überzogen sie die gesamte Präfektur schlagartig mit einer Kampagne zur Schaffung des Mythos, daß Radioaktivität unterhalb des gesetzlichen Grenzwerts unbedenklich sei. Zu diesem Zweck wurden viele akademisch gebildete Leute in die Gemeinden geschickt, um die Bevölkerung zu beruhigen. Es ist unglaublich, daß die Regierung die Realität verdreht, anstatt ihrer Verantwortung nachzukommen. Allerdings sind die Lügen eine nach der anderen aufgedeckt worden,

und das Gefühl von Angst und Mißtrauen gegenüber den Behörden wächst unter den Einwohnern von Fukushima.

Vor kurzem fand am Sitz der Präfekturregierung von Fukushima ein geheimes Treffen statt, um die Informationen zu kanalisieren, die an die Öffentlichkeit gehen. Bei diesem Treffen kam man überein, die Tatsache nicht zu veröffentlichen, daß die Präfekturverwaltung unmittelbar nach der Katastrophe zunächst die Daten der Strahlendosisvorhersage zurückgehalten hatte. Man kam ferner überein bekanntzugeben, daß keine Anomalien bei der großen Gesundheitsstudie der Präfektur gefunden worden seien, trotz der hohen Inzidenz von Schilddrüsenanomalien bei den untersuchten Kindern. Die Beamten der Präfektur, deren Aufgabe es ist, unser Leben zu schützen, haben uns mehrfach belogen oder Informationen zurückgehalten. Die meisten Japaner wissen davon nichts. Aber was die Behörden den guten Leuten in Japan antun, ist einfach ein Betrug. Das wird auch dazu führen, daß Japan bei der internationalen Gemeinschaft an Vertrauen verliert. Es ist nicht hinzunehmen, daß die Gesundheit, die Hoffnungen und die Zukunft von Kindern zerstört werden. An wen sollen wir uns denn wenden, um unsere Zukunft wieder aufzubauen?

Ich bitte Sie und die Völker der Welt, sich an unsere Stelle zu versetzen und die Situation aus unserer Perspektive und der unserer Kinder zu betrachten. Bitte verlassen Sie sich nicht auf die offiziellen Informationen, sondern recherchieren Sie auch bei anderen Informationsquellen. Ich bin heute hier, um für meine Leute zu sprechen, die einer Katastrophe zum Opfer fielen, ihre Heimat verlassen mußten und im Stich gelassen wurden. Ich rufe Sie auf, diejenigen zu unterstützen, die Sorgen, Leid und große Härten ertragen. Ich

bitte Sie, uns und unsere Kinder zu retten. Bitte erlauben Sie uns, irgendwo auf der Erde an einem neuen Ort zu leben. Ich vertraue darauf, daß Sie alles tun, was Sie können,

um die Kinder von Fukushima zu evakuieren. Vielen Dank für Ihre Geduld.

Mit freundlicher Genehmigung aus dem Englischen übersetzt von Annette Hack. ●

Folgen von Fukushima

Verbrennung von kontaminiertem Schutt – Erfolg und Niederlage

Monatelange Bürgerproteste gegen die Verbrennung von kontaminiertem Müll aus der Präfektur Iwate haben die Verwaltung der Präfektur Niigata gezwungen, den bisher gelieferten Müll zurück nach Otsuchi-machi/Iwate zu schicken. Damit ist der Umgang mit diesem problematischen Müll zwar weiterhin offen, die Katastrophe der Verbrennung und der damit verbundenen Verbreitung der enthaltenen Nuklide über Abluft und Asche ist aber zunächst erfolgreich gestoppt. Herzlichen Glückwunsch an die Bürger von Niigata!

In der Müllverbrennungsanlage am Rand von Osaka wurden Ende November Probeverbrennungen von kontaminiertem Müll durchgeführt. Monatlang gab es vor dem Rathaus in Osaka Bürgerproteste gegen die Müllverbrennung. Besonders beeindruckend war die Beteiligung zahlreicher Frauen mit ihren Kindern. Am 14. November wurden 4 Bürger Osakas in Zusammenhang mit diesen Protesten festgenommen. Die Nerven liegen bei allen Beteiligten blank. Die folgenden Auszüge aus einem Brief aus Osaka geben einen Eindruck davon:

„Vor Wut wird mein Text vielleicht zu lang. Bitte lesen Sie ihn, wenn Sie Zeit haben.“

Heute wurden die Haftgründe von unserer Mitstreiterin P..., die am 13. November im Bezirksbürgerhaus zu Konohana zu Unrecht verhaftet wurde, in einer öffentlichen Verhand-

lung bekanntgeben. Ich ging zu dieser Verhandlung. Eigentlich wollte ich mir nur vielleicht eine halbe Stunde die Verhandlung anhören, und hatte im Traum nicht daran gedacht, dass ich am Ende vor Wut anfangen würde zu schreien. (...)

Ich zog zu meiner Überraschung das große Los und gewann einen der Sitzplätze. Die Plätze waren viel zu knapp, obwohl die Verhandlung in einen größeren Saal verlegt worden war. Ich machte mich auf den Weg zum Saal 604. So weit war alles in Ordnung. Als ich den Flur vor dem Saal 604 erreichte, wurde die Atmosphäre um mich herum plötzlich unheimlich.

Es befanden sich dort viele Amsangestellte. Einer wiederholte vor dem Saal 604: „Heute darf man während der Verhandlung nicht den Saal verlassen. Außer, um auf die Toilette zu gehen. Das wurde vom Vorsitzenden des Gerichts angeordnet. Die Eintrittskarten für die Zuhörer dürfen nicht ausgetauscht werden, damit sich die Zuhörer während der Verhandlung nicht abwechseln.“ Jemand wollte mit der Handykamera diesen absurden Anblick fotografieren, da wurde gerufen: „Fotografieren ist verboten“. Obwohl wir uns noch nicht mal im Gerichtssaal befanden.

Wir betraten den Saal 604, und kaum fragte einer: „Warum dürfen wir uns nicht abwechseln? Bisher war das immer erlaubt“, da kam sofort der Ruf: „Ich ordne an, daß